

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Dr. Roland Röhl Stiftung! Herr Röhl, Herr Prof. Neuneck, Frau Stockmann, Frau Barann, Herr Repp! Hochverehrte Jury! Lieber Andreas Zumach, liebe Frau Merkel und Frau Dr. Mehl!

Liebe Gastgeberin hier in der die Galerie Alte Feuerwache, Gisela Hyllus und lieber Jörg Dreykluft, denen ich ganz herzlich danke für die Überlassung ihrer schönen Räumlichkeiten in diesen schwierigen Zeiten!

Oberbürgermeister, Universitäts-Präsidentin, Sparkassenvertreter kann ich ja heute weglassen aus bekannten Gründen...

Liebes, verehrtes Publikum, das sich hier in Göttingen von nah und fern eingefunden hat, liebe Gäste an den Übertragungsbildschirmen – und liebe, hoch verehrte Preisträgerin! Herzlich willkommen!

Ich habe die Ehre, die Laudatio auf die diesjährige Preisträgerin des Göttinger Friedenspreises zu halten, die ‚Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost‘.

Ich möchte Ihnen etwas erzählen über deren Ursprünge, Geschichte, Ziele und Visionen, über die Menschen, die hinter dieser Stimme stecken, und vor allem sollen Sie etwas über die Arbeit erfahren, die die JS in den vergangenen 16 Jahren ihres Bestehens geleistet hat und für die sie hier – zu Recht – gewürdigt wird.

Menschen erkennt man an ihren Taten, ihren Handlungen, hat Hannah Arendt gesagt. Handeln und

sprechen – Tätigkeiten, die im öffentlichen Raum stattfinden – gehören laut Hannah Arendt zusammen, und wenn Menschen sich sprechend und handelnd in die Welt einschalten, sagt sie, dann offenbaren sie, wer sie sind. Lassen Sie uns also gemeinsam sehen und vor allem hören, was die ‚Jüdische Stimme‘ öffentlich und in der Welt zu sagen hat.

Im Jahre 2003 wählte eine Gruppe von in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden den schicksalhaften 9. November zum Gründungstag einer neuen Organisation. Unter dem Namen ‚Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost‘ riefen sie die deutsche Sektion einer Vereinigung jüdischer Organisationen ins Leben, die sich ein Jahr zuvor in Amsterdam formiert hatte und die sich ‚European Jews for a Just Peace‘, kurz EJJJ‘ nannte: Europäische Juden für einen gerechten Frieden. Aus Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Frankreich, Belgien, Großbritannien, Italien, Österreich und der Schweiz waren Jüdinnen und Juden zusammen gekommen, die bei aller Unterschiedlichkeit eines einte: die Überzeugung, dass die gewaltvolle Besatzungspolitik Israels zum Wohl des palästinensischen Volkes beendet werden müsse – und dass dies auch dem Wohle Israels dienen würde. Unter der Überschrift „Don’t say you didn’t know“ – „sage nicht, Du habest nichts gewusst“ – forderten sie die Beendigung der israelischen Besatzung der Westbank, Gazas und Ostjerusalems, die Anerkennung der Grenzen von 1967, die Räumung der illegalen Siedlungen, Jerusalem als gemeinsame Hauptstadt für Israelis und Palästinenser sowie eine faire und

gerechte Lösung der Flüchtlingsfrage, zu der Israel beitragen sollte.

Der 9. November war für die Gründung der deutschen Sektion der EJJP nicht zufällig gewählt. Der 9. November 1938, die Reichspogromnacht, ist für immer in unser Gedächtnis eingebrannt und mahnt uns, die Zeichen von Ausgrenzung, Erniedrigung und Entrechtung von jüdischen Menschen in Deutschland niemals zu vergessen. Am 9. November 1938 wurde aller Welt, zumindest in Deutschland klar, dass der systematischen und massenhaften Vernichtung von Jüdinnen und Juden Tür und Tor geöffnet wurde, indem sie endgültig ihrer Selbstbestimmung beraubt wurden.

Es darf daher symbolisch verstanden werden, dass die kleine Gruppe von Frauen und Männern der JS ausgerechnet den 9. November 65 Jahre später wählte, um sich ihr Recht auf Selbstbestimmung als Jüdinnen und Juden hier in Deutschland zurückzuholen. Sie unterschrieben zu zehnt – auch diese Zahl war nicht zufällig gewählt – ein Papier, in dem sie ihr Selbstverständnis als Jüdinnen und Juden ausdrückten – ein Selbstverständnis, das sich aus dem selbst Erlebten in der jüdischen Erfahrungswelt hierzulande und in Israel speist. Die Zahl zehn steht für den Minjan, also die Mindestanzahl an mündigen Menschen, die nach jüdischer Lehre anwesend sein müssen, um einen vollständigen Gottesdienst abhalten zu können.

Ich zitiere aus dem Gründungspapier, das sich im Wesentlichen an den Grundsätzen der European Jews for a Just Peace orientiert:

„Die Jüdische Stimme verurteilt die seit 1967 andauernde Besetzung der Westbank einschließlich Ostjerusalems sowie die Abtrennung des Gazastreifens von den übrigen Gebieten Palästinas durch den israelischen Staat als einen nicht hinnehmbaren Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen, gegen das Völkerrecht und gegen alle Beschlüsse der Vereinten Nationen dazu. Die tagtägliche Besetzungspraxis greift in alle Lebensbereiche des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten ein und hat nachhaltig zerstörerische Wirkung.“

Weiter heißt es: „Wichtigster Adressat unseres Wirkens ist die bundesdeutsche Öffentlichkeit und Regierung. Wir erwarten von der deutschen Regierung, dass sie ihr ökonomisches und politisches Gewicht für Gerechtigkeit und Frieden im Nahen Osten fruchtbar macht und damit zum Wohle aller dort lebenden Völker beiträgt.“

In diesem Manifest distanziert sich die JS eindeutig von jeder Form von Gewalt, von Antisemitismus, Anti-Islamismus und jeder anderen Form von Rassismus. Zum Existenzrecht des Staates Israel schreibt sie, es werde (Zitat) „(...)erst dann zur unangefochtenen und nicht gefährdeten Selbstverständlichkeit werden, wenn seine Regierung versteht, dass dasselbe Existenzrecht und ein Leben in Frieden und Würde auch für den benachbarten palästinensischen Staat und seine Bevölkerung unverzichtbar sind.“

Zuvor gab es keine jüdische Organisation in Deutschland, die vergleichbar gewesen wäre und als Vorbild hätte dienen können. Jüdische Menschen hatten sich zwar in Deutschland bereits im Zuge der 68er Bewegung politisch engagiert, aber erst als etwa zwei Jahre nach 1967 klar wurde, dass die Besetzung der Westbank mitnichten ein kurzer „temporärer militärischer Zustand“ bleiben würde, wie es heute noch offiziell in Israel heißt, waren es jüdische, palästinensische und deutsche Frauen und Männer, die das Palästina-Komitee in Berlin gründeten – im weitesten Sinne ein Vorläufer der JS. Sie verstanden ihre Aufgabe ausschließlich darin, über die Situation und die Folgen der Besetzung Palästinas aufzuklären. Denn der militärisch glorreiche Sieg von 1967 brachte Israel zwar das ganze Land, das es haben wollte, aber auch eine gesamte Bevölkerung, mit der Israel wohl nicht gerechnet hatte, die es nicht haben wollte – und die es bis heute vor eine scheinbar unlösbare Aufgabe stellt.

Alisa Fuss, deren Andenken ich hier stellvertretend für viele ihrer Weggefährtinnen und Gefährten ehren möchte, ist ein typisches Beispiel für einen jüdischen Menschen, der sich vom Zionisten zum Menschenrechtsaktivisten wandelt. Sie lebt nicht mehr und war bei der Gründung der JS nicht dabei. Doch ihr Werdegang ist beispielhaft für viele Aktivistinnen und Aktivisten, weil er offenbart, dass die Antriebsfeder ihrer Arbeit zutiefst humanistisch ist.

Alisa Fuss kam 1935 16-jährig als Holocaust-Flüchtling nach Palästina und wurde Mitglied in einem Kibbuz. Sie kam aus einem modernen, liberalen linken Elternhaus und glaubte, wie so viele, ihre Ideale in einem neu zu gründenden Staat leben zu können. Der Kibbuz war dafür der ideale Ort: junge, politisch denkende, hart arbeitende Menschen unter der sengenden Sonne Palästinas, es wurde gesungen und diskutiert – was konnte es Schöneres geben für die junge Alisa, die gerade die hässlichste Form der Diskriminierung und Ausgrenzung in Europa erfahren hatte. Ob es ihr natürlicher Gerechtigkeitssinn war oder ihre liberale jüdische Erziehung – Rabbi Hillel sagt übers Judentum: „Was Dir nicht lieb ist, das tue auch Deinem Nächsten nicht an – das ist die ganze Tora“ – Alisa forderte, der Kibbuz möge auch Palästinenser als Mitglieder aufnehmen, was abgelehnt wurde. Als schließlich Freunde aus dem Kibbuz mit der Untergrundorganisation Hagana arabische Dörfer überfielen, obwohl dies gegen ihren Grundsatz der reinen Selbstverteidigung verstieß, verließ Alisa unter Protest den Kibbuz und ging nach Jerusalem, wo sie persönliche Begegnungen mit Martin Buber und später auch Hannah Arendt hatte. Buber und Arendt haben bekanntlich Lehren aus dem NS-Regime gezogen, die universell anwendbar sind; „Nie wieder“ bedeutete für sie nie wieder Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung von Menschen durch andere Menschen. Diese Grundideen haben Alisa Fuss über die Jahrzehnte getragen. Sie hat sie ihren Mitstreiter*innen mit auf den Weg gegeben.

Alisa Fuss, eine der Vordenkerinnen der JS, gründete 1983 zunächst einen jüdischen Stammtisch in Berlin und später den Arbeitskreis Nahost, in dem auch Deutsche und Palästinenser*innen aktiv wurden. Sie waren die Vorläufer der ‚Jüdischen Stimme‘, die dann 2003 als deutsche Sektion der Europäischen Juden für gerechten Frieden ins Leben gerufen wurde und sich 2007 als Verein konstituierte.

Die Gründerinnen und Gründer der Jüdischen Stimme – darunter Fanny-Michaela Reisin, Ruth Fruchtman, Michal Kaiser-Livne, Iris Hefets, um nur einige Namen zu nennen – hatten allesamt Schlüsselerlebnisse, die einschneidende Folgen für ihr Leben hatten. Ich will hier nur mal drei kurz beschreiben:

Fanny-Michaela Reisin, die Gründungsmutter der ‚Jüdischen Stimme‘, erzählt, dass sie unmittelbar nach dem Junikrieg von 1967 mit ihrem damaligen Soldatenfreund durchs frisch besetzte Land „getrampelt“ sei. Sie habe in die Augen von Menschen geschaut, die verängstigt waren, weil sie plötzlich militärisch besetzt und fremdbestimmt in eine ungewisse Zukunft blickten. Dies habe sie in die „radikale Opposition“ getrieben, sagt sie. Eine Opposition gegen Militarismus, gegen Gewalt, gegen Unterdrückung einer ganzen Bevölkerung durch ihr eigenes Volk. Radikal, weil sie sich weder damals noch heute davor scheut, die Wurzel des Problems anzugehen, in die Tiefe zu graben und dabei schonungslos, ehrlich, redlich und authentisch immer und immer wieder die eigenen Werte zu überprüfen.

Es sind jüdische Werte – Fanny-Michaela Reisin ist eine der wenigen praktizierenden Jüdinnen innerhalb der ‚Jüdischen Stimme‘ – jüdischen Werte, die sich in anderer Form und Sprache in der Charta der Menschenrechte wieder finden – ein Referenzrahmen für jedes Handeln der ‚Jüdischen Stimme‘.

Da ist Rolf Verleger, der die Jüdische Gemeinde in Lübeck mit aufgebaut hatte und auch mal dem Vorstand der JS angehörte. Er ist Sohn von Holocaustüberlebenden; die erste Frau seines Vaters, dessen Kinder und alle anderen Verwandten waren in KZs ermordet worden. Rolf Verleger war Mitgründer und lange Zeit Vorstand der Jüdischen Gemeinde in Lübeck, war Delegierter im Zentralrat der Juden in Deutschland und empfindet es bis heute als Auftrag seines Vaters, das deutsche Judentum wiederherzustellen. Als Israel 2006 einen brutalen Angriffskrieg gegen den Libanon führte, besann sich Rolf Verleger auf Rabbi Hillel, den sein Vater ihn gelehrt hatte, outete sich als Kritiker israelischer Kriegspolitik und schrieb sein Buch „Israels Irrweg“.

Und da ist Iris Hefets, heute noch Mitglied des Vorstands, Israelin mit orientalischen Wurzeln. Sie kam Anfang der 2000er Jahre mit ihrer gesamten Familie aus Israel nach Deutschland. Auslöser war der Gang Ariel Sharons mit seiner militärischen Entourage auf den Tempelberg im September 2001. Diese Provokation löste nicht nur die Zweite Intifada aus, sondern markiert auch den Beginn des massiven offiziellen Rechtsrucks in der israelischen

Zivilgesellschaft. Iris Hefets wollte weder sich noch ihre Kinder diesem geistig vergifteten Umfeld aussetzen. Wie Sie wissen, haben es ihr über 20.000 Israelis gleich getan, die meisten von ihnen leben heute in Berlin und einige von ihnen prägen das Bild der heutigen JS mittlerweile deutlich mit.

Die israelischen Jüdinnen und Juden, die sich ausgerechnet Deutschland als ihren neuen Lebensmittelpunkt ausgesucht haben, haben möglicherweise eine höhere Betriebstemperatur bei diesem Thema mitgebracht. Verständlich, denn sie haben auch einen höheren, weil konkret vor Ort erfahrenen Leidensdruck hierher importiert – will sagen: Sie wissen, wovon sie sprechen. Und offensichtlich sind sie mit ihren alteingesessenen Mitstreiter*innen einig, dass Deutschland ein guter Ort ist, um seine jüdische Stimme zu erheben und Gerechtigkeit für ein unterdrücktes Volk einzufordern.

Kommen wir nun zur Arbeit der JS. Sie wollen schließlich wissen, was diese Leute tun, die heute mit dem Göttinger Friedenspreis geehrt werden. Wir erinnern uns: „An ihren Taten sollt ihr sie erkennen...“ Was also tut die ‚Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost‘?

Nu – sie spricht!

Na gut, erst einmal schreibt sie. Sie verfasst Texte, die sie auf ihrer Website veröffentlicht. Damit trägt sie dazu bei, dass mehr Informationen über die

Besatzungsrealität in die deutsche Öffentlichkeit gelangen. Neben den Originaltexten, die sie verfasst – und zwar aktiv, also nicht immer nur als Reaktion auf etwas, das gerade passiert ist – organisiert sie öffentliche Aktionen. Bereits 2006 sorgte sie jeden Freitag für Demonstrationen am Hacke’schen Markt in Berlin, parallel zu den Demonstrationen gegen die Trennmauer im palästinensischen Städtchen Bil’in. Dort marschieren seit Jahren Freitag für Freitag Palästinenser*innen an die nahe gelegene Sperrmauer, singen Lieder, skandieren „Schluss mit der Besatzung“, und werden von israelischen Soldaten von jenseits der Mauer mit Tränengas und Gummigeschossen beworfen.

Die JS will, dass man in Deutschland davon erfährt. Darum redet sie Tacheles über das, was zwischen Mittelmeer und Jordan passiert. Und wenn es eine Demonstration gegen Antisemitismus gibt, dann beteiligt sich die JS und setzt dezidiert ein Zeichen: Gegen jede Form von Antisemitismus, so wie sie es in ihrem Selbstverständnis manifestiert hat – Sie können das auf ihrer Website nachlesen: (Zitat)
„Positionen, hinter denen sich antisemitische Einstellungen verbergen, sind mit dem Anliegen der Jüdischen Stimme unvereinbar.“

Eine Aktion, die bundesweit Wellen geschlagen hat, war die Öffentlichkeitsarbeit, die die JS im Zuge der Kontokündigung durch die Bank für Sozialwirtschaft im Jahre 2016 geleistet hat. Über die Details der damaligen Vorgänge wird Ihnen Iris Hefets nachher

noch einiges erzählen. Nur so viel: Die Mitglieder der JS haben damals – alle ehrenamtlich, wohlgemerkt – Tag und Nacht daran gearbeitet, um Kund*innen der Bank über die Kündigung zu informieren, um die Ungeheuerlichkeit des Vorgangs darzulegen, um Solidarität zu erbitten, um die Öffentlichkeit zu informieren. Tatsächlich war es dann der Druck von vielen aufrechten Demokraten, die nicht bereit waren hinzunehmen, dass eine Bank Zensur über Bankkunden ausübt, und schließlich kam es zu persönlichen Gesprächen zwischen Bank und JS. Die Bank hat eingelenkt, es gibt eine gemeinsame Erklärung, die man auf den Websites beider Institutionen nachlesen kann. Eine der Kernaussagen dieser Erklärung ist, dass die JS (Zitat) *„ausschließlich Aktivitäten unterstützt, die auf ein Ende der israelischen Besatzungspolitik drängen, nicht aber gegen die Existenz des Staates Israel gerichtet sind.“* Gut, mag man denken, dass das nun auch geklärt ist. Aber weit gefehlt: seit einiger Zeit wird wieder massiver Druck auf die Bank ausgeübt. Eine große jüdische Organisation, Keren Hayesod, eine Art Nationalfond, hat gedroht, ihr Konto bei der Bank für Sozialwirtschaft zu kündigen, falls die das Konto der JSA weiter führt. Daraufhin wollte die Bank diesmal alles richtig machen und befragte den Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, was zu tun sei. Dieser schlug vor, ein Gutachten in Auftrag geben, in dem durch Interviews festgestellt werden sollte, ob die Mitglieder der Jüdischen Stimme Antisemiten seien. Völlig zu Recht stimmten die Mitglieder der JS einer derartigen Befragung nicht zu.

Zurück zur Arbeit der JS.

Ihr Haupttätigkeitsfeld ist Öffentlichkeitsarbeit. Auch wenn es keine direkte Zusammenarbeit mit anderen Organisationen gibt, so steht die JS solidarisch an der Seite verschiedener Menschenrechtsorganisationen in Israel, Palästina und hier in Deutschland, wie zum Beispiel bei Kundgebungen gegen rechts im Mauerpark in Berlin. Die JS beschreibt die Situation der Palästinenserinnen und Palästinenser in der Westbank und in Gaza; sie klärt darüber auf, was Besatzung bedeutet; sie ruft die Bundesregierung und das EU-Parlament dazu auf, auf die israelische Regierung dahingehend einzuwirken, die Besatzung zu beenden und ihren Teil dazu beizutragen, dass ein lebensfähiger palästinensischer Staat entsteht, mit Jerusalem als Hauptstadt beider Völker, mit einer gerechten Lösung für palästinensische Flüchtlinge, mit Anerkennung und Umsetzung aller UN-Resolutionen. Sie tut das, weil sie der Überzeugung ist, dass Israel nur dann in Frieden existieren kann, wenn dieser über 52-jährige Zustand des Unfriedens endlich ein Ende findet. Sie tut es, weil das Bild, das der Staat Israel als Jüdischer Staat in der Welt von sich abgibt, durch seine Taten gegenüber dem palästinensischen Volk seine jüdischen Werte und Ideale verrät. Sie tut es, weil Israel und seine Organe für sich in Anspruch nehmen, stellvertretend für alle Juden weltweit zu stehen. Das stimmt aber schon lange nicht mehr! Die Mehrheit aller Juden weltweit lebt außerhalb Israels. Sie drückt ihren Unmut über die israelische Politik immer deutlicher

aus. Sie will sich nicht vertreten lassen von einer Regierung, die offen rassistisch und kriegstreibend ist und Menschenrechte nur für sich selbst in Anspruch nimmt. So eine Politik nennt man rechtsradikal. Sogar die linientreue, rechtskonservative und extrem einflussreiche AIPAC – das American Israeli Public Affairs Committee – hat sich jüngst von Netanyahu distanziert, als dieser forcierte, dass die israelische Rechtsaußen-Partei ‚Jüdisches Heim‘ mit den Rechtsextremisten koalitiert, die die Nachfolger der faschistischen Kahane-Partei sind.

Ja, meine Damen und Herren, so weit kommt es, wenn man nicht den Anfängen wehrt. Hätte die Welt, hätte zumindest mal Deutschland und Europa rechtzeitig die Rufe der Jüdischen Stimme gehört!

Die Jüdische Stimme war ihrer Zeit voraus; sie erkannte die Zeichen der Zeit bereits vor über 16 Jahren, darum rief sie damals schon laut und deutlich: „Nicht in unserem Namen!“. Natürlich vertritt auch sie nicht alle Jüdinnen und Juden! Jüdinnen und Juden sind keine homogene Gemeinschaft, weder religiös noch ethnisch! Weder in Israel noch in Deutschland. Aber gerade in Deutschland will man uns ganz unbedingt als eine einheitliche Masse begreifen. Vor dem Zweiten Weltkrieg war das antisemitisch motiviert: die Nazis bestimmten, wer Jude war, und man hasste Juden, weil sie Juden waren. Danach hat sich das zumindest nach außen hin gewandelt. Wie oft habe ich schon gehört: „Sie sind Jüdin?! Wie wunderbar!!“ Dieser Philosemitismus ist einfach nur

die die andere Seite der selben Medaille. Jüdinnen und Juden sind divers – genau wie alle anderen Menschen. Es ist rassistisch zu sagen: „Juden sind ja so ...“ egal was. Es ist egal, ob Sie denken: „Juden sind ja so intelligent und sprachbegabt“ oder ob Sie denken: „Juden sind ja so hinterhältig und geldgierig“. Jüdinnen und Juden sind vor allem eines: unterschiedlich. Es eint sie, dass jede*r von ihnen eine jüdische Mutter hat und dass sie die jüngste Geschichte des Judentums kennen. Vor diesem Hintergrund ist es unbegreiflich und unverantwortlich vom Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland Josef Schuster, der Jüdischen Stimme in Zusammenhang mit der Verleihung des Göttinger Friedenspreises Antisemitismus vorzuwerfen – ganz gleich in welcher Form und in welchem Wortlaut er dies getan hat. Er hat nicht darüber zu bestimmen, wer Jude und noch dazu ein guter Jude ist. Das haben schon vor ihm andere getan, aber das werden wir nie wieder zulassen. Jüdisch ist, wer eine jüdische Mutter hat. Punkt. Da haben nicht einmal wir Juden selbst eine Wahl.

Die Aussagen des Zentralratspräsidenten haben zur Folge, dass das Ungeheuerliche passiert: Deutsche zeigen mit dem Finger auf Juden und bezichtigen sie des Antisemitismus! Wie absurd, wie anmaßend, im Jahre 2019! Diese Deutschen sind Kinder und Enkel der Täter, und sie sprechen zu Juden, deren Eltern oder Großeltern Naziopfer waren!

Seit es den Göttinger Friedenspreis gibt, findet der Festakt der Verleihung in der Aula der altherwürdigen Georg-August-Universität statt, gekrönt von einem anschließenden Empfang der Stadt Göttingen und mitfinanziert von der örtlichen Sparkasse.

Bekanntlich haben der Oberbürgermeister, die Universitäts-präsidentin und der Vertreter der örtlichen Sparkasse ihre (Zitat) „Teilnahme zurückgezogen, um die Neutralität zu wahren“. Die Uni-Präsidentin schrieb mir noch, sie werbe für Verständnis für ihre Entscheidung, schließlich vertrete sie eine große Einrichtung, in der sich Menschen beider Seiten der Kontroverse befänden. (Zitat) „Die Zurverfügungstellung der Aula würde für die Universitätsleitung eine einseitige Parteinahme darstellen.“

Wie unfassbar! Was für eine Schande! Dass alle drei, Oberbürgermeister, Uni-Präsidentin und Sparkassenvertreter, nicht den Mut gefunden haben, die einzig richtige Entscheidung zu treffen, nämlich allem Druck und allen Verleumdungen zum Trotz die Souveränität der Jury zu achten!

Sie wollten die Neutralität wahren?! Dann hätten Sie zumindest alles beim Alten belassen, die Souveränität der Jury respektieren und nicht die Veranstaltung sabotieren müssen. Sie hätten ihr fernbleiben können, wenn Sie meinen, Ihr Gesicht wahren zu wollen, indem Sie es nicht zeigen. Ihre Behauptung der Neutralität ist scheinheilig.

Die Wahrheit ist: Es gibt keine Neutralität, wenn Menschen – in diesem Fall die Mitglieder der JS – verleumdet und ausgegrenzt werden. Menschen, die sich nachweislich für Werte wie Frieden, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung zweier Völker einsetzen. Ja, nachweislich, das kann man leicht überprüfen, und zwar anhand der Worte und Taten, an denen man Menschen erkennen kann, wie es nicht nur bei Hannah Arendt, sondern bekanntlich schon bei Johannes im Neuen Testament heißt. Man erkennt sie nicht anhand von Verleumdungen und Hassreden, auf denen Ihre Entscheidung des Rückzugs basierte. All dies hätten Sie tun können, Sie drei; es hätte der deutschen Geschichte im Jahre 2019 wohl zu Gesichte gestanden.

Stattdessen sind Sie alles andere als neutral geblieben. Sie haben aktiv Raum, Ruhm und Ressourcen entzogen. Sie haben damit einer lauten Minderheit Recht gegeben, sie haben sich ihr gebeugt, Sie haben sich auf ihre Seite gestellt. Dadurch wurde eine Gruppe jüdischer Menschen verleumdet, beleidigt und ehrverletzt. Jüdinnen und Juden mussten sich von Deutschen in den letzten Wochen sagen lassen, sie seien Antisemiten. Sind in Deutschland Juden immer nur dann gute Juden, wenn sie eine bestimmte Rolle erfüllen, die die Deutschen ihnen zuschreiben? Ich wiederhole mich: Die jüdische Gemeinschaft gibt es nicht als homogene Masse. Sie ist eine deutsche Erfindung, durch die wir die „öffentliche Brauchbarkeit“ bedienen, wie der jüdische Lyriker Max Czollek schreibt. Uns Juden ruft er dazu auf, unsere Rolle im Gedächtnistheater der Deutschen

aufzukündigen. Wir brauchen nicht mehr Marionetten zu sein, anhand derer Deutsche den Grad ihrer Läuterung von ihrer Nazi-Schuld messen können.

Die Verbrechen der Nazis sind unentschuldigbar und dürfen nie vergessen werden. Im Gegenteil: Sie müssen uns ermahnen, wachsam zu sein und nie, nie, nie wieder Ausgrenzung, Rassismus, Unterdrückung und all die schrecklichen Folgen davon hinzunehmen. Damit ziehe ich ausdrücklich keinen historischen Vergleich! Er wäre unzulässig und falsch. Dass Jüdinnen und Juden von der JS sich so vehement für Menschenrechte in Israel und Palästina einsetzen, ist gerade wegen dieser Assoziationen extrem schmerzlich. Können Sie sich vorstellen, wie es sich anfühlt, als Nestbeschmutzer, als selbsthassende Juden, als Verräter beschimpft zu werden? Einige konnten diesem Druck aus ihrem eigenen Umfeld nicht standhalten. Alle anderen ertragen ihn, weil sie jüdischen Werten und Menschenrechten verpflichtet sind. Das hat Konsequenzen, wenn man es ernst meint. Diese Menschen tun ihre Arbeit vielleicht mit Zorn und Wut, aber sie tun sie, weil sie sie qua ihrer Existenz tun müssen.

Umso größer ist die Freude, dass wir heute die Ehre und das Vergnügen haben, der Würdigung des Vereins ‚Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost‘ mit dem Göttinger Friedenspreis beizuwohnen und die Menschen zu feiern, die der Jüdischen Stimme ihren Klang geben. Wir freuen uns alle, den (fast) vollständigen Vorstand der JS hier in Göttingen

begrüßen zu dürfen: Iris Hefets, Shir Hever, Michal Kaiser-Livne und Inna Michaeli, und es ist eine besondere Freude und Ehre, dass die Ur-Mutter der JS Fanny-Michaela Reisin extra am Shabbat angereist ist – das ist wahrlich eine Mitzwah! Euch und allen anderen Mitgliedern der JS sage ich Mazal tov oder Mazl tov oder auch herzlichen Glückwunsch zu diesem Preis – eine bessere Preisträgerin hätte sich die Jury nicht backen können in diesen Zeiten.

Leider kam ich in meiner Rede nicht umhin, auch über die Anfeindung gegen die JS zu sprechen. Aber Ende gut, alles gut: die zwei großen Verleumdungskampagnen – die Kündigung der Bank und der Skandal hier in Göttingen – haben der JS letztlich den Rücken gestärkt und ihr eine enorme Medienaufmerksamkeit beschert. Auch dafür meinen herzlichen Glückwunsch! Natürlich ist noch lange nichts zu Ende. Die israelische Regierung hat durch Minister Gilad Erdan angekündigt, die BDS-Bewegung – BDS steht für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen – weltweit mit allen verfügbaren politischen, geheimdienstlichen und sonstigen Mitteln zu eliminieren. Das kann man auf offiziellen israelischen Webseiten nachlesen. Nun fragen Sie sich, was die Jüdische Stimme mit BDS zu tun hat? Nun, sie hat bestimmte BDS-Aktionen unterstützt, sofern sie mit ihren Grundsätzen vereinbar waren. Das Entscheidende ist aber, dass das gar keine Rolle spielt. Es spielt nur eine Rolle, ob Menschen und Institutionen, ganz gleich ob jüdisch oder nicht, den BDS-Stempel aufgedrückt bekommen, um sie dann

diffamieren zu können. Darauf möchte ich hier nicht näher eingehen, weil Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen nicht das Thema der JS sind. Eine Erklärung dazu können Sie ebenfalls auf der Webseite der JS finden.

Die JS ist mittlerweile ein unverzichtbarer Teil, ja eine führende Kraft des Nahost-Diskurses geworden, sie setzt relevante neue Impulse besonders für uns Juden hier in Deutschland, aber auch für das Judentum weltweit. Es ist wichtig, dass von Juden aus Deutschland ein Signal ausgeht. Wenn Juden und Israelis über 70 Jahre nach der Shoa entscheiden, im „Land der Täter“ zu leben, dann gibt es für alle keine andere Option als eine universelle Lehre aus den Verbrechen zu ziehen, die hier stattgefunden haben.

Jeder einzelne Mensch hat immer die Wahl, sagt Hannah Arendt. Und keiner hat das Recht zu gehorchen. Ich denke da an Rosa Luxemburg, Sophie Scholl, Rosa Parks, Nelson Mandela, Hannah Arendt, Martin Buber, Martin Luther King... um nur einige zu nennen. Jede*r von uns hat immer und überall die Wahl, sich auf die Seite der Ja-Sager und Mitläufer oder auf die Seite der Kämpferinnen und Kämpfer für Gerechtigkeit, Freiheit und Humanismus zu stellen.

Der JS wünsche ich für ihr weiteres Wirken den Mut, die Kraft und das Widerstandsvermögen, das sie bisher schon ausgezeichnet hat, und dass die Unterstützung anhält, die ihr gerade in den letzten Wochen zuteil wurde. Ihnen und uns allen wünsche

**ich, dass wir uns anstecken lassen von dem ungebrochenen Friedenswillen, den die JS uns vorlebt, auch wenn wir hin und wieder einen hohen Preis dafür bezahlen müssen. Den Kritikern wünsche ich, dass sie den Worten, Rufen und Warnungen, auch den Erklärungen, Argumenten und Vorschlägen der JS einfach mal zuhören. Ich bin überzeugt, dass der Klang dieser Töne ihr Herz und ihren Verstand öffnen wird und es Wege zu einem friedlichen Miteinander gibt – hier in Göttingen, in Deutschland und auch in Israel und Palästina. Wenn wir es alle wollen, ist es kein Traum.
Danke für Ihre Aufmerksamkeit.**
